

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesverband Baden-Württemberg

SPD Baden-Württemberg • Postfach 10 42 63 • 70037 Stuttgart

PRESSEMITTEILUNG / 2 Seiten

Abteilung

Politik und Kommunikation

Pressereferat

Andreas Reißig

Telefon (0711) 61936-31

Fax (0711) 61936-55

E-Mail andreas.reissig@spd.de

8. September 2005

Schlusspurt: SPD Baden-Württemberg startet Unterschriftenaktion gegen Erhöhung der Mehrwertsteuer

Ute Vogt: „Gerade die vielen Fach- und Schichtarbeiter in Baden-Württemberg wären die Zahlmeister für die einseitigen und unsolidarischen Absichten von Frau Merkel“

Die SPD Baden-Württemberg hat im Schlusspurt der heißen Wahlkampfphase eine Unterschriftenaktion gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer gestartet. „Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist und bleibt unsozial, wäre Gift für die Konjunktur und gefährdet Arbeitsplätze in unserem Land“, betonte die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt. Fraktionschef und Wahlkampfleiter Wolfgang Drexler kündigte deshalb an, dass die SPD ab sofort vor Betrieben, vor Krankenhäusern, vor Lebensmittelmärkten und auf Straßen und Plätzen im Südwesten großflächig Unterschriften gegen den beabsichtigten „radikalen Sozialabbau“ der Union sammeln werde.

Vogt sagte, mit den Plänen von CDU/CSU würde es den meisten Menschen finanziell schlechter gehen. Die höhere Mehrwertsteuer, die vorgesehenen Steuern auf Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge, die Kürzung der Pendlerpauschale, die Einführung der Kopfpauschale und von Studiengebühren, die Kürzung der Ausbildungsvergütung und die Zerschlagung des Mietrechts gehe eindeutig zu Lasten kleiner und mittlerer Einkommen. „Gerade die vielen Fach- und Schichtarbeiter in Baden-Württemberg, die Krankenschwestern, die Rentner und Familien wären die Zahlmeister für die einseitigen

und unsolidarischen Absichten von Frau Merkel“, so die SPD-Chefin. „Angela Merkel will eine Politik der sozialen Kälte, die unsere Gesellschaft spaltet. Wir wollen soziale Gerechtigkeit auf hohem Wohlstandsniveau – für alle und dauerhaft.“

Drexler kündigte an, alle SPD-Bundestagskandidatinnen und -kandidaten in den Wahlkreisen und Kreisverbänden würden sich in den nächsten zehn Tagen an der Unterschriftenaktion beteiligen, um insbesondere die vielen Unentschlossenen vom sozialen Reformkurs der SPD zu überzeugen und dabei die fundamentalen Unterschiede zur CDU deutlich zu machen. „Frau Merkel will den Bruch mit der sozialen Marktwirtschaft und der organisierten Solidarität. Deshalb muss jetzt jedem klar werden: Am 18. September geht es um kalte Modernisierung mit der Union – oder sozialen Ausgleich mit der SPD.“

Andreas Reißig
Pressesprecher